

MOBI- LITÄT

**VON
GESTERN**

In Sachsen hat das
Auto immer noch
Vorrang.





WOLFRAM GÜNTHER

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sachsen war einst Pionierland der Eisenbahn. 1839 fuhr auf der Strecke zwischen Leipzig und Dresden die erste Fernbahn in Deutschland. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts besaß Sachsen das dichteste Eisenbahnnetz Europas.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden einige Strecken nicht mehr bedient, auch später in den 60er und 70er Jahren wurden kleinere Strecken eingestellt. Für notwendige Modernisierungen fehlten zu DDR-Zeiten zumeist die Mittel.

Seit 1990 fand unter den CDU-geführten Staatsregierungen ein beispielloser Abbau des Nahverkehrs in Sachsen statt, der die ländlichen Regionen hart traf. Über 50 Eisenbahnstrecken sind seit der Wende stillgelegt und zum Teil durch Rückbau von Gleisen dauerhaft dem Bahnverkehr entzogen worden.

Dabei ist Mobilität heute mehr denn je unverzichtbarer Teil unseres Lebens. Denn gute Mobilität verbindet nicht nur Menschen, sie erschließt auch Regionen und eröffnet ihnen Entwicklungschancen und gesellschaftliche Teilhabe in einer vernetzten Welt. Und die Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsmitteln steigt: In den Ballungsräumen wie zwischen Leipzig und Halle sind die Bahnen regelmäßig überfüllt.

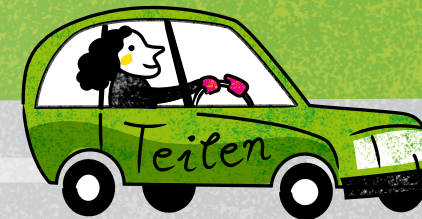
Im Landtag lassen wir GRÜNE deshalb nicht nach, für einen Neuanfang in der sächsischen Verkehrspolitik zu streiten. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie, in der jeder Ort in Sachsen von früh morgens bis spät abends eine gute Anbindung an das Nahverkehrsnetz bekommt. Bahnen und Busse sollen im Taktfahrplan fahren und so alle Regionen mit kurzen Umsteigezeiten miteinander verknüpfen.

Die GRÜNE Mobilitätsgarantie entlastet die Straßen in den Städten und verfolgt das Ziel, auch den ländlichen Raum zu erschließen. Die Öffentlichen sind „grün“ und können in Sachsen zu einem attraktiven Angebot für alle werden, die ohne Staus und Stress unterwegs sein wollen.

Ich wünsche Ihnen und Euch viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe der SAXGRÜN!

Wolfram Günther
Fraktionsvorsitzender

Wo wollen wir hin?



CARSHARING

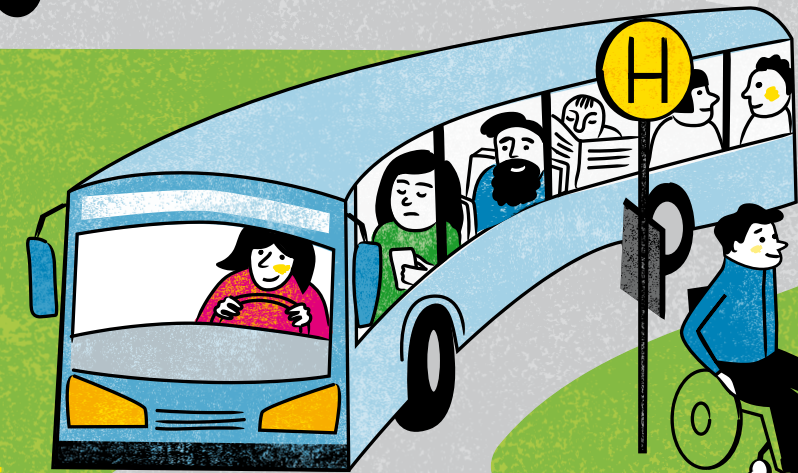
will die GRÜNE-Fraktion mit ihrem Gesetzentwurf vorantreiben.

ELEKTRO-MOBILITÄT

soll endlich einen höheren Stellenwert in der sächsischen Verkehrspolitik erhalten.

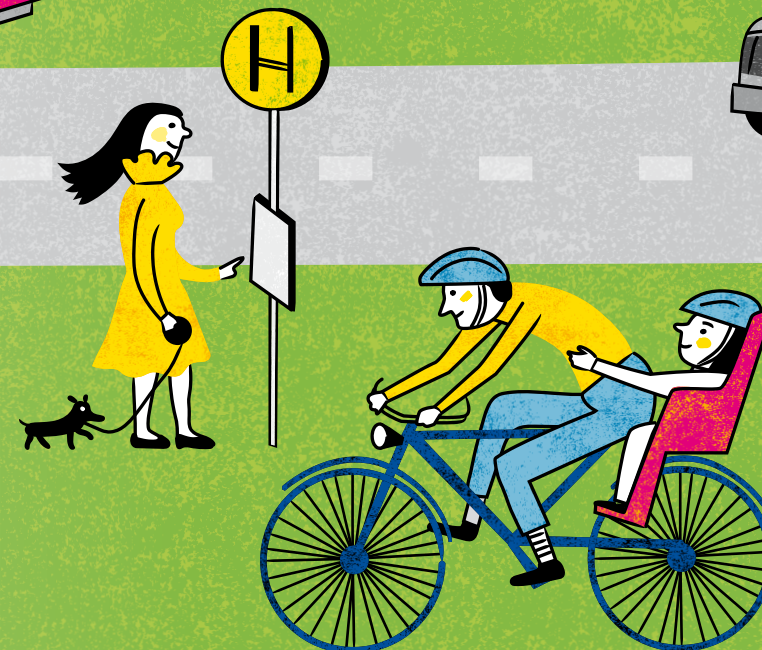
BAHNVERKEHR

soll mit dem Bus vertaktet werden und mindestens stündlich zwischen 5 und 24 Uhr verkehren.



RADVERKEHR

hat mit einer besseren Infrastruktur das Potenzial, die Mobilitätswende zu beschleunigen.



Die GRÜNE Mobilitätsgarantie

Garantiert von A nach B kommen – zu einem einheitlichen und günstigen Tarif, sinnvoll vertaktet mit dem Regional- und Fernverkehr und in modernen Zügen und Bussen. So will die GRÜNE-Landtagsfraktion den öffentlichen Verkehr in Sachsen funktionstüchtig und attraktiv machen. Und auch wer zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs ist, soll sicher und komfortabel ans Ziel kommen.

In den sächsischen Großstädten sind Bahn und Bus beliebt und verfügen über ein dichtes Liniennetz. Viele Menschen erledigen so ihre täglichen Wege und kaufen eine Monats- oder Jahreskarte. Obwohl noch an vielen Stellen Verbesserungen nötig sind, wächst auch die Zahl der Radwege. Einkaufen, Musikschule, Sportverein – vieles liegt in unmittelbarer Nähe. Auch Behördengänge oder Besuche von Bibliothek, Konzert oder Museum sind einfach ohne Auto möglich.

Viele Menschen außerhalb der großen Städte würden ebenso gern weniger vom Auto abhängig sein. Zusätzlich gibt es große Gruppen, die nicht Auto fahren können oder wollen, sei es aus ideellen, wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Gründen. Dazu kommen Jugendliche ohne Fahrerlaubnis oder ältere Menschen, die sich das Fahren nicht mehr zutrauen. Dafür hat sich die Verkehrspolitik der sächsischen Staatsregierungen in den vergangenen drei Jahrzehnten aber nicht ausreichend interessiert.

Die GRÜNE-Fraktion will, dass alle Menschen in Sachsen garantiert an ihre Ziele kommen. Sie setzt sich im Landtag für eine **Mobilitätsgarantie** ein. In einem Gesetz soll klar definiert werden, wie oft große, mittlere oder kleine Städte bzw. Dörfer mit Bus und Bahn erreichbar sind. Denn Sachsens ländliche Räume können ihr Potenzial nur dann zur Geltung bringen, wenn sie nicht aufgegeben, sondern an die städtischen Wirtschafts- und Kulturzentren gekoppelt werden.



Besser für unsere Umwelt, besser für das Wohlbefinden
– die Alternativen zum Auto müssen attraktiver werden.

Kern des sächsischen Nahverkehrs soll der **Sachsentak 21** werden: stündliche Regionalbahnen (RB) und Taktbusse zwischen den sächsischen Mittelzentren und daran anschließend schnelle Regionalverbindungen (RE) in die drei sächsischen Großstädte. In diesen Stundentakt will die GRÜNE-Fraktion lokale Busverkehre und alternative Bedienformen (etwa Bürgerbusse, Einkaufs-, Arzt- und Anrufsammeltaxis) einbinden, um jedes Dorf zu vertretbaren Kosten an den Sachsentak anzuschließen. Die Großstädte sollen ihrerseits im Stundentakt mit Fernverkehr untereinander und nach außen vernetzt werden.

Alle Menschen in Sachsen sollen garantiert an ihre Ziele kommen.

Die GRÜNEN wollen einen **landesweit einheitlichen ÖPNV-Tarif** von Tür zu Tür, der unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel gilt und dabei einfach und transparent ist. Schülerinnen und Schüler sowie Studierende und

Auszubildende sollen jeweils landesweit gültige Monats-, Semester- bzw. Azubitickets zu einem günstigen Preis kaufen können. Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter, Sozialhilfe sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollen ein „**Mobilitätsbudget**“ (z. B. auf einer für ÖPNV zweckgebundenen Chipkarte) erhalten, dessen Höhe sich am Preis einer Monatskarte zur Erreichung des nächsten Oberzentrums bemisst.

Bahnhöfe, Haltepunkte und zentrale Bushaltestellen werden nach Vorstellung der GRÜNEN-Fraktion mit allen anderen Verkehrsträgern vernetzt und zu **ländlichen Mobilitätsstationen** ausgebaut. So wird das Umsteigen erleichtert: Park+Ride sowie Bike+Ride bieten sichere Abstellmöglichkeiten für Auto oder Fahrrad, Car-Sharing-Angebote und Leihradsysteme sowie Ladesäulen für E-Fahrzeuge kommen so an zentralen Orten mit Bahn und Bus zusammen.

Immer mehr Menschen wollen aktiv, gesundheitsfördernd und ganz nebenbei sogar klimaneutral unterwegs sein und nutzen das Rad regelmäßig. Die sollen



KATJA MEIER,
verkehrspolitische Sprecherin der
GRÜNEN-Landtagsfraktion zu einem wichtigen
Vorbild für die GRÜNE Mobilitätsgarantie:

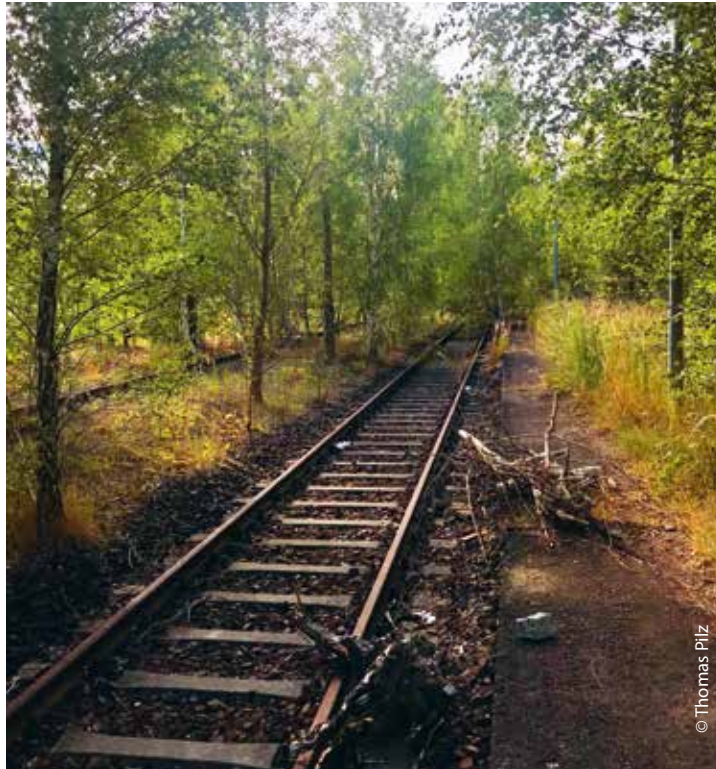
Schweizer Erfolgsrezept

Der Blick in die Schweiz bringt mich ins Schwärmen. Dort gibt es bereits seit den 80er Jahren einen wunderbar funktionierenden Taktfahrplan. Ein Stunden- oder Halbstundentakt ist für Städte mit bestimmten Einwohnerzahlen sogar gesetzlich vorgeschrieben. Dementsprechend werden die Investitionen hoch gehalten. Die Schweizerinnen und Schweizer haben früh erkannt, dass Städte und Landschaft unter zu viel Autoverkehr leiden und haben ihr Bahnnetz attraktiv gemacht. Ein bisschen Schweiz ist ja auch in Sachsen zuhause und viele Kletterbegeisterte nutzen regelmäßig die S-Bahn, um sie zu erreichen. Ich finde es deshalb naheliegend, vom Schweizer Erfolgsrezept in Sachsen zu lernen.

unterstützt und **neue Begeisterung für das Radfahren** in allen Altersgruppen erzeugt werden. Dazu braucht es sachsenweit mehr Radwege, die entlang der Bundes-, Staats- und Kreisstraßen separat geführt werden, ergänzt durch **sichere Lösungen für den Radverkehr** innerorts. So kann Radfahren sicher und komfortabel werden und auch Spaß machen.

Mehr zu GRÜNER-Verkehrspolitik:
→ <http://bit.ly/gruen-verkehr>

Den Radverkehr nicht gegen den Bahnverkehr ausspielen!



Blick auf die stillgelegte Bahnstrecke
Löbau-Herrnhut-Zittau.

Dies sehen vor allem junge Leute aus den Dörfern entlang der Strecke so. Mit ihrer Bürgerinitiative „Pro Herrnhuter Bahn“ legten sie ein Konzept zur Wiederbelebung der Bahnverbindung zwischen Zittau und Löbau vor und engagieren sich bis heute mit großer Motivation für die Wiederaufnahme des Schienenverkehrs auf der Strecke. Ihre Petition erbrachte innerhalb von acht Wochen deutlich mehr Stimmen (genauer: 1.823), als für eine Behandlung im Kreistag notwendig sind. Die GRÜNEN im Kreistag erreichten indessen mit einem Beschlussantrag, dass vor einer Abstimmung über den Bau des Bahnradweges eine Machbarkeitsstudie über die Nutzung der Verbindung für den SPNV vorgelegt werden muss. Diese wird derzeit erarbeitet.

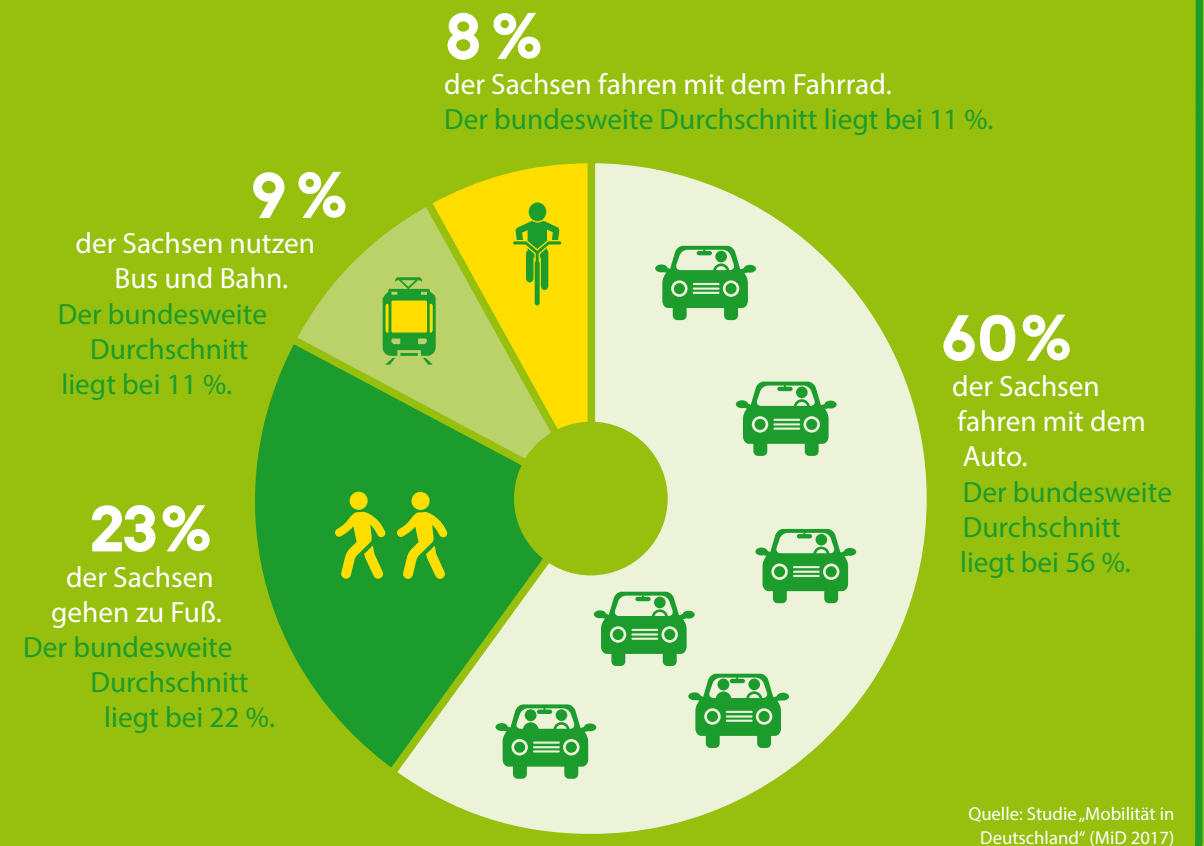
In der südlichen Oberlausitz kämpft eine Bürgerinitiative für die Reaktivierung der Herrnhuter Bahn.

Im vergangenen Jahr feierte die Bahnstrecke Löbau-Herrnhut-Zittau ihren 170. Geburtstag. Als eine der ersten Strecken in Sachsen wurde sie 1848 eröffnet und galt in der Linie Wien-Reichenberg (Liberec)-Herrnhut-Löbau-Dresden als wichtige europäische Eisenbahnverbindung. Von Wien fuhr schon lange kein Zug mehr, als 1998 zwischen Oderwitz und Löbau der Personenverkehr und später der Güterverkehr eingestellt wurde. Seit 2002 ist die Strecke stillgelegt. Als die Deutsche Bahn verkündete, den Bahnweg veräußern zu wollen, gab es eine große Einigkeit im Kreistag, die Strecke zu erwerben, um sie als geschlossenen Verkehrsweg zu erhalten. Strittig aber war von Beginn an die Idee der Kreisverwaltung, auf dieser Bahnverbindung einen Radweg zu bauen und damit für lange Zeit, im Grunde dauerhaft, eine Nutzung für die Bahn auszuschließen. Die Idee, einen touristisch reizvollen Radwanderweg zu schaffen, ist zwar interessant. Es wird jedoch kritisiert, dass dafür nicht eine notwendige und sinnvolle Bahnverbindung dauerhaft zerstört werden dürfe.

Der Zenit des motorisierten Individualverkehrs ist überschritten und es wäre aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion ein Vergehen an den kommenden Generationen, diese alte Bahnstrecke dauerhaft ihrem Zweck zu entziehen. Die Reaktivierung der Herrnhuter Bahn hätte so viele positive Effekte, dass es sich lohnt, dafür gemeinsam mit den Gemeinden entlang der Strecke zu kämpfen.

Für den Oberlausitzer Verkehr stellt die Strecke die Verbindung zwischen Zittau und Bautzen wieder her. Die überregionalen Verbindungen nach Dresden lassen sich über Herrnhut wirtschaftlicher, schneller und häufiger darstellen, als dies heute allein über das Oberland (Ebersbach-Neugersdorf) möglich ist. Herrnhut hat die Chance, bald zweites Weltkulturerbe in Sachsen zu werden. Zusammen mit der Bewerbung der Dreiländereck-Region als Kulturhauptstadt Europas 2025 sind dies motivierende Anlässe, dem Reden von der Bedeutung des ländlichen Raumes verkehrspolitische Taten folgen zu lassen.

Mobilität in Sachsen



Umweltfreundlich unterwegs im Freistaat?



545 km

Stillgelegte Bahnstrecken seit 1995

Nicht nur die Herrnhuter Bahn ist in Sachsen von Stilllegung betroffen.



88,6 %

der Straßen* in Sachsen haben keinen Radweg.

(Stand 2017)

Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 77,2 %.

* an überörtlichen Bundes-, Staats- und Kreisstraßen



51 km

mehr Radwege in Sachsen in

2 Jahren.*

Verkehrswende sieht anders aus!

* 2017 und 2018 an überörtlichen Bundes-, Staats- und Kreisstraßen

Kohlekommission: Und jetzt?

Der Kampf um die vom Braunkohleabbau bedrohten Dörfer in Sachsen wird noch härter.



Protestaktion an der Tagebaukante in Pödelwitz für den Erhalt des Dorfes im April 2017.

Die sogenannte Kohlekommission hat ihre Kompromissempfehlung mit großer Mehrheit beschlossen. Vertreterinnen und Vertreter von Umweltverbänden und Wissenschaft haben nach hartem Ringen viel erreicht. Der Prozess kann Modellcharakter für Konsensfindung auf anderen Konfliktfeldern in einer Zeit zunehmender Spaltung und Polarisierung entwickeln.

Wird die Empfehlung umgesetzt, kann die Stilllegung von 12,5 Gigawatt Kohlestromkapazität bis zum Jahr 2022 der erste Schritt in den Kohleausstieg sein und damit auf Bundesebene jahrelange Blockaden überwinden. Für die bisherigen Kohleregionen stellen die vorgeschlagenen Strukturwandelfördermittel eine große Chance dar; für die Lausitz die größte Entwicklungschance, die sie je hatte. Sie können die nachhaltigen Impulse setzen, die die Kohlewirtschaft nie leisten konnte.

Dennoch bleibt eine große Unzufriedenheit. Denn mit dem verkündeten Ausstiegspfad kommt der nationale Klimaschutz bei weitem nicht so weit und schnell voran, wie es notwendig wäre, um die Zukunft künftiger Generationen zu sichern. Selbst dieser viel zu schwache Kompromiss war nur nach milliardenschweren Entschädigungsversprechen zu erringen.

Hat die Kommission also aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion versagt? „Nein, sie hat genau den Auftrag erfüllt, den ihr die Bundesregierung mit Duldung durch die Kohleländer per Einsetzungsbeschluss als Handlungsrahmen gegeben hatte: Der Vorschlag für einen Pfad zum sicheren, sozialverträglichen Erreichen der 2030er-Ziele des Klimaschutzplans der Bundesregierung. Doch dieser

Klimaschutzplan greift angesichts der völkerrechtlich verbindlichen Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens, denen sich auch die Bundesrepublik verpflichtet hat, noch viel zu kurz“, sagt der energiepolitische Sprecher Dr. Gerd Lippold.

In Sachsen ist die Herausforderung besonders groß. Der Abgeordnete sieht vor allem das Agieren der Staatsregierung kritisch: „Kretschmer und Dulig interpretieren den Beschluss bereits um und behaupten, genauso weiterbaggern zu können wie bisher – noch fast 20 Jahre lang. Neu sei nur, dass man ebenso lange parallel noch Milliardengeschenke vom Bund bekäme. Über eine Gegenleistung für den Klimaschutz will man erst im Jahr 2038 entscheiden, vielleicht. An den alten Plänen zur Tagebauerweiterung hält man trotz des anstehenden Kohleausstiegsbeschlusses im Bund fest. Und der oberste sächsische Bergmann Dulig wirft Pödelwitz und Mühlrose den Baggern von MIBRAG und LEAG unverschämten zum Fraß vor.“

Der nächste wichtige Schritt im Freistaat ist die Entwicklung eines Energie- und Klimaprogramms, das auf dem Ausstieg aus der Braunkohle basiert. Für die Investitionen in die erneuerbaren Energien braucht es Rechtssicherheit, damit Sachsen nach der Braunkohleära ein Energieland bleiben kann.

Video und Pressemitteilung von Dr. Gerd Lippold zur Kohlekommission:
<http://bit.ly/gruene-pm-2019-26>

Digitalisierung in Sachsen gemeinsam gestalten



© Jan Keilhauer

Die digitale Transformation verändert unser Alltags- und Familienleben, unsere Art zu lernen, zu arbeiten, zu wirtschaften und an Kultur und Gesellschaft teilzuhaben. Sie birgt große Freiheits- und Innovationspotenziale, aber auch vielfältige Herausforderungen. Um Digitalisierung zu gestalten, bedarf es einer Debatte, die über Breitbandausbau und Industrie 4.0 hinausgeht. Mit einer Großen Anfrage hinterfragte die GRÜNE-Fraktion die Aktivitäten der Staatsregierung und die Entwicklung ihrer Digitalisierungsstrategie „Sachsen Digital“.

In den Antworten wird deutlich, dass die Strategie drei „blinde Flecken“ aufweist:

- ▶ Selbstbestimmte Teilhabe von Menschen am digitalen Wandel, insbesondere von älteren Menschen einerseits und Jugendlichen andererseits
- ▶ Nachhaltigkeit von digitalen Prozessen
- ▶ Konsequente Orientierung an Grundrechten, insbesondere dem Datenschutz.

Darüber hinaus gibt es bisher keine zivilgesellschaftliche Beteiligung.

Wie diese aussehen kann, haben die Werkstattgespräche „Digitale Gesellschaft“ der GRÜNEN-Fraktion im zweiten Halbjahr 2018 gezeigt. Im Fokus stand der ländliche Raum. Dieser ist in der derzeitigen Digitalisierungsstrategie deutlich unterrepräsentiert. Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen in Borna, Bad Düben, Annaberg-Buchholz, Pirna und Radebeul äußerten sowohl Ängste bezüglich voranschreitender Digitalisierung, sahen aber auch große Potenziale zum Beispiel bei der Mitgestaltung ihres Gemeinwesens. Im abschließenden Fachgespräch im Landtag wurde deutlich, dass eine gemeinsame Gestaltung der Digitalisierung notwendig ist.

Mehr zu GRÜNER Netzpolitik:
<http://bit.ly/digitalisierungsstrategie>

Zero Waste: Kein Müll mehr in Sachsen?



© Elenor Breusing

„Utopie!“ Dieser Ausruf ist oft die erste Reaktion auf die Idee einer Welt ohne Müll. Immerhin 433 Kilogramm Siedlungsabfall pro Mensch und Jahr fallen in Sachsen an. Drei Viertel davon stammt aus unseren Haushalten. Nur ein kleiner Teil bleibt wirklich im Stoffkreislauf. Die GRÜNE-Landtagsfraktion will das ändern.

Weltweit haben sich Regionen der Zero-Waste-Bewegung angeschlossen und zeigen, was alles möglich ist. San Francisco mit 4 Millionen Einwohnern hat seine Müllquote bereits auf zehn Prozent gesenkt. Alles andere wird kompostiert, recycelt oder weitergenutzt, ohne die hierzulande beliebte „thermische Verwertung“ (auf Deutsch: Verbrennung).

Davon inspiriert schlägt die GRÜNE-Fraktion vor, „Zero Waste“ zum Leitziel der sächsischen Abfallpolitik zu machen. Diese Strategie muss gemeinsam mit den Kommunen, der Industrie, den Verbänden der privaten Entsorgungswirtschaft und den Umweltorganisationen erarbeitet werden. Sie muss überprüfbare Zwischenziele, Vermeidungs- und Recyclingquoten und eine daran ausgerichtete landesweite Bedarfs- und Kapazitätsplanung für vorhandene und neue Abfallbehandlungsanlagen beinhalten.

Es braucht mehr als den sächsischen Abfallwirtschaftsplan in der jetzt vorliegenden Form. In Sachsen stehen für die Entwicklung Universitäten, Forschungseinrichtungen, Reparaturzentren, Second-hand-Netzwerke, Cradle-to-Cradle-Gruppen und Unternehmen als Unterstützung zur Verfügung. Die GRÜNE-Fraktion will mit einem Förderprogramm die Umsetzung von neuen Geschäftsmodellen unterstützen und Kommunen die volle Kontrolle über alle Abfälle übertragen. So kann aus der Utopie eine Welt werden, in der Fische und Vögel nicht mehr durch Plastikabfälle sterben.

Rede von Volkmarr Zschocke und Link zum Antrag Zero Waste:
<http://bit.ly/zero-waste-rede>

Schulen in freier Trägerschaft: Ein Erfolgsmodell – trotz allem!



© Elenor Breusing

Die GRÜNE-Fraktion hat mithilfe einer Großen Anfrage die aktuelle Situation der Schulen in freier Trägerschaft in Sachsen unter die Lupe genommen.

Schulen in freier Trägerschaft sind ein integraler Bestandteil des sächsischen Bildungssystems. Im von der GRÜNEN-Landtagsfraktion im Jahr 2012 initiierten Normenkontrollverfahren hieß es: Das öffentliche wie das „Privatschulwesen“ sind gleichermaßen Adressaten des Bildungsauftrags der Verfassung des Freistaates Sachsen, „ohne dass ein Vorrang des Einen oder Anderen besteht“. Die Novellierung der gesetzlichen Grundlagen im Jahr 2018 hat die GRÜNE-Fraktion zum Anlass für eine Große Anfrage genommen. Zentral war dabei die Frage, ob Gesetze und Praxis dem Grundsatz der Gleichberechtigung zwischen Schulen in öffentlicher und in freier Trägerschaft Rechnung tragen.

Was sind die zentralen Ergebnisse der Großen Anfrage?

Im neuen Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft wurde die Finanzierung verbessert und ein Teilhabanspruch verankert. Dennoch bleibt das viel beschworene „neue Miteinander“ von Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft ausbaufähig. Freie Schulen nehmen gesamtgesellschaftliche Aufgaben wahr, profitieren aber nicht in gleichem Maße von staatlichen Förderprogrammen, Projekten und Maßnahmen.

Welche Auswirkungen hat die Lehrkräfte-Verbeamtung auf freie Schulen?

Schulen in freier Trägerschaft sind in gleichem Maße wie Schulen in öffentlicher Trägerschaft vom Lehrkräftemangel betroffen. Die Verbeamtung verschärft die Lage, denn es droht eine Abwanderung in die öffentlichen Schulen. Lehrkräfte an freien Schulen mussten schon zuvor Gehaltseinbußen von zehn und mehr Prozent hinnehmen. Der versprochene Ausgleich zur Verbeamtung beschränkt sich auf geänderte Bezugszeiträume bei der Berechnung der staatlichen Zuschüsse und ist völlig unzureichend. Die Forderung der GRÜNEN-Fraktion: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Welche Perspektiven haben freie Schulen?

Der Umgang mit freien Schulen in Sachsen ist mitunter von Misstrauen geprägt, die Genehmigungspraxis regide. Im Juni 2018 waren an sächsischen Gerichten über 300 Verfahren anhängig. Die Abwicklung der von Beginn an unerwünschten Natur- und Umweltschule Dresden ist für die GRÜNE-Fraktion ein mahnendes Beispiel. Schulgründungsinitiativen stoßen mancherorts auf massive Widerstände. Dabei ist die GRÜNE-Fraktion überzeugt: Es wäre ein Gewinn für alle, die Erfahrungswerte freier Schulen stärker für die Schulentwicklung insgesamt zu nutzen.

GRÜNE Auswertung der Großen Anfrage „Schulen in freier Trägerschaft im Freistaat Sachsen – Stand und Perspektiven nach der Gesetzesnovelle 2015“ (Drs 6/12940):

→ <http://bit.ly/hintergrund-freie-schulen>

GRÜNER Änderungsantrag zum sog. Handlungsprogramm der Staatsregierung (Lehrkräfte-Verbeamtung) (Drs 6/15756):

→ <http://bit.ly/aenderungsantrag-freie-schulen>

Doppelhaushalt 2019/20: Einsatz für mehr GRÜN in Sachsen

Im August 2018 hat die Staatsregierung ihren Haushaltsentwurf für die Jahre 2019 und 2020 dem Landtag vorgelegt. Es obliegt dem Parlament, sich mit diesem Entwurf zu befassen, diesen auf Alltagstauglichkeit zu prüfen, entsprechende Änderungsbedarfe zu benennen und schlussendlich als Haushaltsgesetz zu verabschieden.

Dem Landtag wurde ein Wahlkampfhaushalt vorgelegt: Plötzlich gab es viel Geld für Personalstellen, die Verbeamtung von Lehrkräften ist jetzt möglich, und auch andere, seit Jahren vernachlässigte Bereiche, wurden mit hohen Mittelansätzen bedacht. Außerdem gibt es auffällig mehr Geld für die Öffentlichkeitsarbeit. Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen. Sie zeigt, dass ein Jahr vor der Landtagswahl viel Geld in den Freistaat gekippt wird. Besonders schwierig ist aber, dass der Doppelhaushalt 2019/20 die finanziellen Belange für die ersten 16 Monate der neuen Legislatur regeln wird.

In Sachsen ist es seit jeher ein zähes Unterfangen, mit den Regierungsfractionen eine qualifizierte Debatte zu führen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für einen partizipativen und diskussionsfreudigen Ansatz. Es wurde mit über 200 GRÜNEN-Anträgen darauf hingewiesen, wo dringend geändert und nachgesteuert werden muss. Die haushaltspolitische Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion, Franziska Schubert, erläutert die Motivation dahinter: „Die GRÜNEN-Leitlinien für einen guten Haushalt sind Ökologie, Gerechtigkeit und Vielfalt. In einer Zeit wie dieser braucht es ein klares Bekenntnis für Klima-, Natur- und Artenschutz sowie ein gutes gesellschaftliches Miteinander. Es bedarf Maßnahmen für die Entwicklungen in Sachsen und den bereits im vollen Tempo laufenden Strukturwandel.“

Die acht GRÜNEN-Landtagsabgeordneten während der Haushaltsdebatte.



Collage © Elenor Breusing

Die GRÜNE-Fraktion hat sich für ein Programm mit dem Titel „Sachsen blüht“ eingesetzt. Die Sächsische Landesstiftung Natur und Umwelt (LaNu) wird die kostenfreie Ausgabe von gebietsheimischen Saatgut in den Jahren 2019 und 2020 koordinieren. Die GRÜNE-Fraktion erhofft sich dadurch ein gesteigertes Interesse am Artenschutz und eine wirksame Unterstützung für die Insekten. Weiterhin werden die Umweltbildung und die Naturschutzstationen in Sachsen auf Drängen der GRÜNEN-Fraktion hin in Sachsen gestärkt sowie erstmals Lastenräder für Unternehmen gefördert.

Die Regierungsfractionen haben über 500 Änderungen eingebracht und diese dann mit ihrer Stimmenmehrheit beschlossen. Lediglich bei vier Anträgen waren die Regierungsfractionen zu einem Gespräch mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereit. „Am Ende steht ein Wahlkampfhaushalt, dem es an dringend benötigter Zukunftsfähigkeit für Sachsen mangelt“, fasst Franziska Schubert die Kritik am Doppelhaushalt 2019/20 zusammen.

Haushaltsinitiativen der GRÜNEN-Fraktion grafisch kurz erklärt:

→ <http://bit.ly/Doppelhaushalt-19-20>

Termine

Frauentagsempfang „Frauen in der Wissenschaft“

7. März im Sächsischen Landtag

„Artenschutz konkret – Insekten retten!“

11. März in Großpösna

Girls Day „Ein Tag in der Politik“

28. März im Sächsischen Landtag

„Rechtsrockkonzerte in Sachsen“

7. Mai in Bautzen

GRÜNE Hochschultour

Mai

Weitere Termine: www.gruene-fraktion-sachsen.de

Rückblick

12. Sächsischer Klimakongress



© Philipp Lindenau

Alle Fotos und das Rückblickvideo:

→ <http://bit.ly/klimakongress2018>

f GrueneFraktionSachsen @SaxGruen g gruenefraktionsachsen

Die SAXGRÜN und weitere Publikationen direkt bei uns per E-Mail bestellen: gruene-presse@slt.sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Telefon: 0351-493 48 14 | Telefax: 0351- 493 48 09 | E-Mail: gruene-presse@slt.sachsen.de

Redaktion: Eric Heffenträger (V.i.S.d.P.), Elenor Breusing, Andreas Jahnelt-Bastet | Gestaltung und Illustration: die superpixel

Fotos Abgeordnete: Wolfram Günther: Dirk Hanus, Katja Meier: Marlén Mieth | Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

→ www.gruene-fraktion-sachsen.de